

Bern, Sissach, 26. April 2016

Medienmitteilung

Nationalrat verweigert Umsetzung des Verfassungsartikel zu Lohnleichheit

Eine Mehrheit des Nationalrats hat heute sowohl die Revision des Gleichstellungsgesetzes - welches unternehmensinterne Lohnanalysen für Unternehmen mit mehr als 50 Mitarbeitenden vorsieht – wie auch die Revision des Obligationenrechts, welches Zielvereinbarungen für Geschlechteranteile in Verwaltungsrats- und Geschäftsleitungsgremien vorsieht, ersatzlos aus der Legislaturplanung gestrichen. Für alliance F ist diese Diskussionsverweigerung inakzeptabel und ein Affront gegenüber allen fortschrittlichen Frauen und Männern in der Schweiz.

Für alliance F, welche die politischen Anliegen von medicalwomen switzerland, der Juristinnen Schweiz, BPW Switzerland, der Schweizerischen Vereinigung der Ingenieurinnen, dem Schweizer Berufsverband der Pflegefachfrauen und Pflegefachmänner und weiteren insgesamt rund 400'000 Frauen vertritt, ist der Entscheid, die „gläserne Decke“ und die Lohnleichheit aus der Legislatur 2015-2019 zu streichen, inakzeptabel. Seit 30 Jahren warten wir auf die Umsetzung des Verfassungsauftrages, der lautet: „Mann und Frau haben Anspruch auf gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit“.

Vor einem Jahr, am 10. März 2015 demonstrierten 10'000 Frauen und Männer für die Lohnleichheit und für eine moderne Gesellschaft und Wirtschaft. Nun soll schon nur die Diskussion über eine mögliche Lösung für die vorhandene Lohnungleichheit abgeschmettert werden. Die Vernehmlassungen für die Revision des Gleichstellungsgesetzes und die Revision des Obligationenrechts laufen oder sind abgeschlossen, die Diskussion ist eröffnet. Alliance F wird sich mit allen politischen Mitteln für die Lohnleichheit und die erwerbstätigen Frauen einsetzen.

Im Namen des Vorstandes von alliance F

Die Präsidentinnen

Nationalrätin Maya Graf

Nationalrätin Kathrin Bertschy